Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 91 — **Dienstag, den 4. August 1931** — **33. Jahrg**

Sonntag, den 9. August, von 8—17 Uhr, findet im Bürgersaal der

Volksentscheid „Landtagsauflösung"

statt.

Die Stimmabgabe darf nur mit amtlich hergestellten Stimmzetteln erfolgen. Sie werden im Abstimmungsraum abgegeben. Wer die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, muß den mit „Ja" bezeichneten Kreis durchkreuzen. Wer die Frage verneint, durchkreuzt den mit „Nein" bezeichneten Kreis.

Im Laufe der nächsten Woche werden den Abstimmungsberechtigten **Ausweise** zugestellt. Sie sind zur Abstimmung mitzubringen und beim Abstimmungsvorstand abzugeben.

Abstimmungsberechtigte, die am 9. August ortsabwesend sind, können sich bis zum 8. August (mittags) in der Stadtschreiberei einen Stimmschein ausstellen lassen. Er berechtigt zur Stimmabgabe in einem auswärtigen Bezirk.

Kemberg, den 30. Juli 1931.

Der Abstimmungsvorsteher
Kolbe.

Waldbrandgefahr.

Zum Schutze unserer Wälder wird darauf hingewiesen, daß das **Rauchen, Fortwerfen, unvorsichtige Handhaben oder Fallenlassen von brennenden Gegenständen** innerhalb der Wälder verboten und mit schweren Strafen bedroht ist.

Kemberg, den 1. August 1931.

108] **Die Polizeiverwaltung.**

Reinhaltung der Rinnsteine.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß Spül- und Waschwasser, Jauche aus Düngergruben, Ställen und Aborten, sowie das Blut geschlachteter Tiere nicht in die Straßenrinnen eingeführt werden dürfen.

Gegen weitere Verstöße müssen wir nunmehr mit Strafen vorgehen.

Kemberg, den 1. August 1931.

109] **Die Polizeiverwaltung.**

Donnerstag, den 13. August,

Schweinemarkt

Der Auftrieb beginnt um 7 Uhr

Kemberg, den 1. August 1931.

110] **Der Magistrat.**

Wirtschaftsprogramm auf Zeit

Die nächsten Etappen. — Rückkehr zur Weltwirtschaft.

„Programm der nationalen Selbsthilfe", „Selbsthilfe der deutschen Wirtschaft" — die Schlagworte schwirren seit einigen Wochen und Tagen wie in allen aufgeregten Zeiten wieder einmal wild umher, ohne daß sich ihre Urheber etwas Rechtes darunter vorstellen können. Man spricht solche Schlagworte aus und tut, als sei mit ihnen etwas ganz Neues und Großes entdeckt worden, als wiesen sie schon den Weg in eine weit bessere Zukunft, als sei es nur notwendig, sich einmal auf Selbsthilfeprogramme zu besinnen, um sofort eine geschlossene, von der ganzen Welt unabhängige Volkswirtschaft beieinander zu haben. Es ist selbstverständlich, daß Regierung und Wirtschaft Selbsthilfemaßnahmen finden müssen und finden werden, nachdem sich gezeigt hat, daß ausländische Kredite im Augenblick unter keinen Umständen zu haben sind. Aber es ist ebenso selbstverständlich, daß eine solche Selbsthilfe ohne fremde Kredite, d. h. also mit geringeren Betriebsmitteln, als sie bisher zur Verfügung standen, die Anpassung an einen niedrigeren Lebensstandard voraussetzt. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Selbsthilfe nicht eine glücklichere Lösung der Wirtschaftsschwierigkeiten darstellt als die Heranziehung fremder Kredite. Es ist selbstverständlich, daß sie ein Notbehelf ist und wie jeder Notbehelf ein Mittel auf Zeit, nicht ein Mittel auf die Dauer.

Selbsthilfeprogramm kann also nicht heißen, ein Programm, das die deutsche Volkswirtschaft ständig auf sich selbst stellt und sie aus der internationalen wirtschaftlichen Verbundenheit herauslöst, es kann nur ein Programm zur Ueberbrückung eines Notstandes bedeuten, zur Ueberbrückung jener hoffentlich kurzen Frist, in der die Verbindung mit dem normalen Kapital- und Kreditstrom der Welt unterbrochen ist. In diesem Rahmen und mit dieser Einschränkung kann man natürlich von einer Art Programm sprechen, von einem Programm für einige Wochen oder Monate, dessen letzter Zweck es ist, wieder den Anschluß an die Weltwirtschaft zu finden. Mit dieser Zweckbestimmung werden sich die einzelnen notwendigen Maßnahmen eigentlich ganz von selbst abrollen, ohne daß es dazu eines künstlich erdachten Programms bedürfte.

Es war zunächst selbstverständlich, daß man den jetzigen Kreditbestand der deutschen Wirtschaft durch Stillhalteverhandlungen zu sichern suchen mußte, und man wird diese Sicherung des Kreditbestandes mit allen Mitteln der Verhandlungen und der gesetzlichen Maßnahmen durchführen. Danach kommt es darauf an, mit diesem Bestand an Krediten und Betriebsmitteln für einige Zeit auszukommen. Notwendig ist zu diesem Zweck, für den erforderlichen Bargeldumlauf andere Voraussetzungen zu schaffen, als sie durch die Heranziehung von Devisen-Krediten unter normalen Verhältnissen gegeben waren. Diesem Zweck dient die verstärkte Ausprägung von Silbermünzen ebenso wie die geplante Gewährung einiger 100-Millionen-RM-Kredite an die neugegründete Gemeinschaftsbank der Banken, an die Akzeptbank. Man muß, gerade weil die Möglichkeiten der Kreditgewährung gering sind, alle unwirtschaftlichen Kredite beseitigen. Als unwirtschaftlich sind solche Kredite zu betrachten, die zur Erhaltung veralteter Preiskalkulationen aufgenommen worden sind, d. h. also die Beleihungen von Warenlagern. Zu diesem Zweck wird der Reichsbank-Diskontsatz heraufgesetzt werden, und die Lombardierung von Lägern wird sich dadurch so verteuern, daß ihre Abstoßung zu verbilligten Preisen eintreten muß. Das wird sich auf dem Außenmarkt von selbst ergeben, denn man wird nach neuen Auslandsmärkten suchen, und man wird auf den schon bisher bewirtschafteten Auslandsmärkten größere Mengen zu niedrigerem Preis abzusetzen suchen. Auf dem inneren Markt muß man dieser durch die Kreditverteuerung erzwungenen Preissenkung dadurch entgegenkommen, daß man die allzu starren Bindungen der deutschen Wirtschaft lockert. Daneben müssen staatliche Einschränkungsmaßnahmen einherlaufen. Der Ausweis der Reichseinnahmen und -ausgaben hat gezeigt, daß im ersten Quartal dieses Etatsjahres ein Mindereingang an Steuern und Zöllen in Höhe von etwa 300 Millionen RM zu verzeichnen war. Hinzu kommen noch die Ausfälle, die im Juli dadurch entstanden sind, daß die Steuerüberweisungen nach der Einführung der Bankfeiertage zeitweilig ganz stockten. Es haben sich daraus bereits Verminderungen der Ueberweisungen des Reiches an die Länder und Gemeinden ergeben, und es ist notwendig geworden, die Beamtengehälter in Etappen statt auf einmal auszuzahlen. Es wird weiterhin eine allgemeine Einschränkung der Staatsausgaben oder richtiger ihre Anpassung an die tatsächlich vorhandenen Einnahmen notwendig sein, wobei die vom Reichstag seinerzeit bewilligten Etatsansätze keine unter allen Umständen gültige Grenze darstellen dürfen. Auf welchem Gebiet der staatlichen Ausgaben die Einsparungen in erster Linie vorgenommen werden müssen — Personalausgaben, Sachausgaben und sozialpolitische Ausgaben —, wird von einer Zweckmäßigkeitsprüfung im Einzelfall abhängen. Verwaltungsvereinfachungen werden ebenfalls notwendig sein, um dieser Sparpolitik die richtige Durchschlagskraft zu geben. Zusammengenommen mit der stärkeren Aufsicht des Reiches über Wirtschafts- und Bankunternehmungen wird man so, wenn die zahlreichen notwendigen Einzelmaßnahmen zusammengefaßt werden, von einer Art Programm sprechen können.

Alles das wird schnell verwirklicht werden müssen, da die ganze Umstellung ja dazu bestimmt ist, über die nächsten Wochen und Monate hinwegzuhelfen. Wenn es gelingt, die Wirtschaft auf dem durch die Kreditabzüge erniedrigten Niveau zu organisieren, wird man die Grundlage gewonnen haben, von der aus ein Wiederaufbau und ein Anschluß an die Weltwirtschaft vollzogen werden können. Nur dann werden auch jene Verhandlungen, die auf dem Weg über die internationale Zahlungsbank oder auf politischem Wege geführt werden sollen, wirklich neue Geldmittel in die deutsche Wirtschaft hineinbringen. Eine endgültige Lösung der deutschen Krise ist nach alledem mit den Maßnahmen, die schon erfolgt sind und die noch bevorstehen, nicht beabsichtigt und nicht zu erreichen. Was geleistet werden soll, ist die Ueberwindung eines provisorischen Zustandes, ist nicht die Lösung selbst, sondern die Vorbereitung einer Krisenlösung.

Die Woche der Erleichterung.

Die Verordnung über Zahlungsverkehr. — Die Diskonterhöhung. — Vor weiteren entscheidenden Maßnahmen.

Nachdem das Reichskabinett in großen Umrissen bekanntgegeben hatte, wie mit Beginn der neuen Woche die Erleichterungen des Zahlungsverkehrs einsetzen, und die Rückkehr zu normalen Zuständen in Gang bringen sollen, hat eine weitere Kabinettssitzung die abschließenden Arbeiten für die Verordnung aufgenommen und bis zum Nachmittag zu Ende geführt, die nötig ist, um diese Pläne in die Praxis umzusetzen.

Es zeigt sich, daß zwar noch nicht alle Hemmnisse für den freien Zahlungsverkehr sofort beseitigt werden können, aber schon mit dem ersten Tag der neuen Woche wird ein entscheidender Schritt aus dem Zwangszustand getan werden, und mit jedem Tag werden die Lockerungen fühlbarer werden. Der bargeldlose Zahlungsverkehr wird schon sehr bald keinerlei Beschränkungen mehr unterliegen. Das wird dazu führen, daß er endlich stärker, als das leider bisher in Deutschland der Fall war, benutzt wird, und auch dadurch wird der weitere Weg zur Lockerung und schließlichen Befreiung des gesamten Zahlungsverkehrs geebnet werden.

Wenn auch über die Wiedereröffnung der Börsen noch keine Bestimmungen getroffen sind, so wird man doch diese Verzögerung gern in Kauf nehmen und abwarten, wie sich die Dinge in den letzten Tagen einspielen, und man hat das Gefühl,

daß das Fehlen der beunruhigenden Momente, die ganz unwillkürlich von dem Börsengetriebe ausstrahlen, dabei nur ein Gewinn sein kann.

Die Maßregeln, die das Reich in der Frage der Großbanken ergriffen und eingeleitet hat, liegen in derselben Richtung, und die weitere Entwicklung, die die Angelegenheit der Danatbank und der Dresdener Bank nehmen wird, ist ebenfalls geeignet, den Druck zu verringern und als Beweis für die allmählich wiederkehrende Beruhigung der allgemeinen Stimmung zu dienen.

Die Erhöhung des Reichsbankdiskonts auf 15 Prozent und des Lombardsatzes auf 20 Prozent ist nach einer sehr ernsten Beratung des Reichsbankdirektoriums und des Generalrats beschlossen worden.

Diese Maßregel war im Hinblick auf die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs unbedingt notwendig, von einem Teil der an der Beschlußfassung wirkenden Stellen wurde sogar eine noch stärkere Heraufsetzung des Diskontsatzes für wünschenswert erachtet, aber man hat sich schließlich doch davon überzeugt, daß die Erhöhung auf 15 Prozent genügt, um den Bedürfnissen der nächsten Woche gewachsen zu sein.

Auf der Seite der Industrie fehlt offenbar noch ein großzügiger Plan, wie man den Weg in die Zukunft führen will, es fehlt auch eine bewußte Initiative. Die Arbeiten, vor denen die Reichsregierung in dieser Woche steht, dürften bereits auf dieses Gebiet hinübergreifen, sie dürften die Fragen der Preisgestaltung, der Einflußnahme auf die Produzenten-Organisationen einerseits und auf die Gestaltung der Tarife andererseits im Auge behalten. Diese Andeutung genügt, um zu zeigen, wie ernst die Lage ist und eine wie große Bereitschaft zur Verantwortung jeder Beteiligte einsetzen muß, damit die Ansätze, die sich nun abzeichnen, mehr bleiben als nur ein vorübergehender Lichtschimmer.

Reichsbankentscheidung gefallen.

Bedeutsame Beschlüsse für die Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs.

Berlin, 1. August.

Unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther fand in Berlin eine gemeinsame Sitzung des Generalrats und des Direktoriums der Reichsbank statt. In dieser Sitzung wurden sehr wichtige Beschlüsse für die Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs gefaßt. Nach der amtlichen Mitteilung benutzten die Mitglieder des Generalrats die Gelegenheit, dem Präsidenten und dem gesamten Direktorium ihr volles Vertrauen in die Führung der Bank- und Währungspolitik auszusprechen und ihre Anerkennung der Geschäftsführung und der schweren, von Verantwortungsgefühl getragenen Tätigkeit der Reichsbank zum Ausdruck zu bringen.

Diskont auf 15 Prozent erhöht.

Berlin, 1. August.

Die Reichsbank hat mit Wirkung vom Sonnabend, den 1. August, ab den Diskontsatz von 10 auf 15 Prozent und den Lombardsatz von 15 auf 20 Prozent erhöht.

Die Erhöhung des Diskonts.

Wie wir erfahren, entwickelte sich in der Zentralausschußsitzung der Reichsbank über die vom Reichsbankdirektorium beschlossene Erhöhung des Diskontsatzes auf 15 Prozent eine lebhafte Diskussion. Besonders die Vertreter der Landwirtschaft und auch einige Banken bezeichneten die Heraufsetzung des Diskontsatzes auf 15 Prozent als zu hoch.

Die Reichsbank ist sich bewußt, daß der Wirtschaft neue schwere Lasten zugemutet werden und sie hofft, sobald wie möglich, ihre Diskontsätze wieder ermäßigen zu können, wenn der Zahlungsverkehr sich wieder eingestellt hat und die Kreditansprüche an die Reichsbank nachgelassen haben. Selbstverständlich werden die bisherigen Betriebseinschränkungen seitens der Reichsbank jetzt weitgehend aufgehoben werden.

Mit Rücksicht auf die Eilbedürftigkeit der Diskonterhöhung konnten nur die in Berlin ansässigen Mitglieder des Zentralausschusses zur Sitzung einberufen werden.

Ohne politische Bindung.

Die englisch-französischen Kreditverhandlungen erfolgreich.

Paris, 2. August.

Die Beratungen des Direktors der Bank von England, Kindersley, mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, sind wieder eingeleitet worden und haben nach etwa zweistündiger Dauer erfolgreich abgeschlossen werden können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310804-12/fragment/page=0001

Der Inhalt des Abkommens ist noch nicht bekanntgegeben worden, da sich die Direktoren der Pariser Großbanken, die an der Aufbringung des Kredits beteiligt sind, erst mit der Angelegenheit befassen und dazu Stellung nehmen sollen. Die beiden Finanzmänner haben daher auch beschlossen, sowohl die Unterzeichnung des Abkommens wie auch die Veröffentlichung seiner Einzelheiten zu verschieben. In gut unterrichteten Kreisen versichert man, daß der Rediskontkredit, der der Bank von England zu gleichen Teilen von der Bank von Frankreich und der Federal Reserve Bank eröffnet wird, den bisher genannten Betrag, d. h. 20 Millionen Pfund, wesentlich übersteigen soll. Der „Matin" und einige andere Blätter versichern, daß sich der Kredit auf 40 bis 50 Millionen Pfund belaufe. Man unterstreicht ferner, daß das Abkommen keinerlei politische Bedingungen enthalte, wie man dies verschiedentlich habe glauben machen wollen.

Ein amerikanischer Vorschlag.

Der Neuyorker Korrespondent der „Daily Mail" berichtet von einer Sitzung amerikanischer Bankiers, in der der Gedanke einer großen internationalen Anleihe unter Beteiligung der Regierungen von Amerika, England und Frankreich in Höhe von mehreren Milliarden Dollar zur Stabilisierung der Finanzen der Welt aufgeworfen wurde. Die Anleihe solle von führenden Persönlichkeiten der Finanzwelt, wie Mellon, Schacht, Sir Josiah Stamp, Owen Young und anderen verwaltet werden; die Herren sollten das Recht haben, an die bedürftigen Länder der Welt Gelder auf die Dauer von 10 bis 25 Jahren auszuleihen. Die amerikanischen Bankiers hätten darin übereingestimmt, daß ein derartiger Plan willkommen zu heißen sei und erörtert werden müsse.

Für Deutschland, gegen Frankreich.

Bei der Beurteilung des englischen Ministerbesuches in Deutschland betonen die politischen Wochenschriften durchweg, daß die englische öffentliche Meinung hinter den Bemühungen der englischen Minister stehe, Deutschland aus seiner gegenwärtigen schwierigen Lage zu helfen. Gleichzeitig stimmten sie aber auch darin überein, daß bisher noch keine Abhilfemaßnahmen auf lange Sicht getroffen worden sind und daß die Bankiers nicht nur auf das Ergebnis der Selbsthilfemaßnahmen Deutschlands, sondern vor allem auch auf eine Regelung der Reparationen und der politischen Fragen warten. Auch sind sich die Zeitschriften darüber einig, daß der Schlüssel bei Frankreich liegt. Wenn nun

„Spectator" und „New Statesman"

Hoffnungen auf den bevorstehenden Besuch Lavals in Berlin setzen und sich für einen Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich unter gleichzeitigem Nachgeben Deutschlands hinsichtlich der Panzerschiffe und der Zollvereinigung mit Oesterreich einsetzen, so vertritt

„Weekend Review"

die Ansicht, daß die Gesamtpolitik Frankreich gegenüber geändert werden müßte. Das bisherige Verfahren, es zu einer Mitarbeit heranzuziehen, habe sich nicht bewährt, und man müßte ernstlich erwägen, ob es nicht richtiger wäre, daß andere Staaten wie Amerika, England, Italien und Deutschland sich vorher einigen und Frankreich vor die Frage stellen, ein eventuelles Abkommen entweder abzulehnen oder anzunehmen.

„New Leader"

bedauert die Politik des Foreign Office, das gänzlich fälschlicherweise durch die „Times" und den „Daily Herald" Deutschland zu Konzessionen aufgefordert habe. Die Erfahrung zeige, daß Frankreich sich durch Worte nicht beeinflussen lasse, und daß das einzige Mittel zur Aenderung der Verhältnisse in einer Isolierung Frankreichs bestehe, die Paris mit Recht fürchte.

Scharfe französische Kritik.

Die neuen Maßnahmen, die die Reichsregierung zur finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufrichtung in Deutschland zu ergreifen beabsichtigt, werden in der französischen Presse schon vor ihrem endgültigen Bekanntwerden scharf kritisiert. Man unterstreicht, daß es sich bei dem neuen Plan um nichts anderes handele, als die Verwirklichung der von Dr. Schacht vorgeschlagenen Maßnahmen, deren Auswirkungen von unabsehbarer Schwere sein könnten. So schreibt die

„Liberté",

daß durch die beabsichtigten Maßnahmen ersichtlich sei, daß man in Deutschland eingesehen habe, daß die finanzielle Lähmung nicht länger andauern dürfe, daß aber die Folgen „dieses deutschen Bankrotts im Ausland", der von Dr. Schacht und General Groener unter dem Druck des Stahlhelms durchgeführt werde, noch nicht übersehbar seien.

Der „Intransigeant""

wirft den deutschen Parteien vor, daß sie sich selbst angesichts der Gefahr des völligen Zusammenbruchs nicht einigen könnten und die Politik vor alles andere stellten. Die neuen Erlasse würden zwischen Unordnung und Ordnung, sowie zwischen der Isolierung oder der Zusammenarbeit mit den anderen Staaten entscheiden. In diesem Zusammenhang werde auch die bevorstehende Volksabstimmung von größter Bedeutung sein. Es handele sich um nichts weniger, als um eine Befragung des deutschen Volkes über die Einstellung zur Finanzkatastrophe.

Brüningreise nach Rom.

Voraussichtlich Mittwoch Abfahrt.

Rom, 2. August

Wie hier verlautet, werden Reichskanzler Brüning und Reichsaußenminister Curtius am kommenden Freitag und Sonnabend ihren angekündigten Besuch bei der italienischen Regierung in Rom abstatten.

*

An zuständiger Stelle in Berlin wird bestätigt, daß die Reise des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers nach Rom für die zweite Hälfte der kommenden Woche vorgesehen ist. Der Reichskanzler werde am Mittwoch oder Donnerstag von Berlin abreisen.

Reich und Dresdner Bank.

300 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Berlin, 2. August

Amtlich wird mitgeteilt: Um jeden Zweifel zu beheben, daß die Dresdner Bank in der Lage ist, auch nach Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs ihre Funktionen zu erfüllen und ihren Einlegern die höchste bankmäßige Sicherheit zu bieten, beteiligt sich die Reichsregierung an der Dresdner Bank mit einem voll eingezahlten Kapital von 300 Millionen Mark.

Das Reich übernimmt zu diesem Zweck 300 Millionen Mark Vorzugsaktien, die mit einer kumulativen Vorzugsdividende von 7 v. H. ausgestattet sind. Da die Zustimmung des Aufsichtsrates zu der Schaffung der Vorzugsaktien heute erfolgt ist und die Mehrheit für die Durchführung der Beschlüsse durch die Generalversammlung gesichert ist, stellt das Reich die für den Bezug der Vorzugsaktien erforderlichen Mittel der Dresdner Bank schon jetzt zur Verfügung.

Die Vorstandsmitglieder der Dresdner Bank haben im Hinblick darauf, daß der weitaus größte Aktienbesitz sich beim Reich befinden wird, dem neuen Großaktionär die Bereitwilligkeit erklärt, ihre Aemter zur Verfügung zu stellen. Das Reich hat sich seine Entscheidung hierzu vorbehalten.

Schatzanweisungen werden nicht emittiert.

Im Zusammenhang mit der Reichshilfe für die Dresdner Bank hören wir noch folgendes: An eine Schatzanweisungsemission zur Beschaffung der Mittel für diese Transaktion ist, wie gesagt, nicht gedacht, da im Augenblick weder bei den Banken noch beim Publikum Neigung bestehen dürfte, Schatzanweisungen zu erwerben. Die 300 Millionen, die das Reich der Dresdner Bank zur Verfügung gestellt hat, werden teils in bar und teils in Schatzanweisungen übergeben. Aus den Münzprägungen der letzten Zeit stehen dem Reich 80 Millionen Mark zur Verfügung, die teils für die Danatbank-Transaktion, teils für die obige Transaktion Verwendung finden.

Die an die Dresdner Bank übergebenen Schatzanweisungen sollen eine Erhöhung des Rediskontkontingentes der Dresdner Bank bei der Reichsbank darstellen. Es ist daran gedacht, daß sich die Dresdner Bank durch Uebergabe der Schatzanweisungen an die Akzept- und Garantie-Bank, die sie mit ihrem Giro versieht und so diskontfähiges Wechselmaterial schafft, die notwendigen Kredite beschaffen kann.

Wiederaufrichtung der Danatbank.

Die Beteiligung der Großindustrie.

Berlin, 1. August

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Darmstädter und Nationalbank wird bei Wiederaufnahme des allgemeinen Zahlungsverkehrs ihre Schalter öffnen und alle Zahlungen unbeschränkt leisten. Durch eine Verständigung mit der Industrie ist erreicht worden, daß diese von der Bank und ihr nahestehenden Kreisen angenommenen Aktien, die unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, im Nennwert von 35 Millionen Mark zum Kurse von 125 v. H. übernimmt. Dadurch werden der Bank neue Mittel im Betrage von rund 43 Millionen Reichsmark zugeführt.

Die Ausfallbürgschaft des Reiches für die alten und neuen Gläubigerforderungen besteht fort und wird auf alle Wechselverbindlichkeiten und Bürgschaftsverpflichtungen der Bank ausgedehnt werden. Die Aufstellung des Status der Bank hat ergeben, daß die notwendig gewordenen Abschreibungen durch die offenen und stillen Reserven voll abgedeckt sind. Für später ist eine Verbreiterung der Kapitalbasis der Bank vorgesehen. Die Ausführung dieser Absicht wird geschehen, sobald die Verhältnisse in der Wirtschaft eine klare Beurteilung zulassen. Durch die Besprechungen mit der Reichsregierung und der Reichsbank ist die Gewißheit geschaffen, daß die Bank allen Anforderungen, die durch die volle Aufnahme des Zahlungsverkehrs an sie herantreten können, zu entsprechen vermag.

Erhöhung der Weizenvermahlungsquote.

Ab 16. August voraussichtlich 97 Prozent.

Der Reichsernährungsminister hat durch eine Verordnung die Vermahlungsquote für inländischen Weizen für die Zeit vom 1. bis 15. August auf 60 v. H. festgesetzt. Es ist beabsichtigt, nach der inzwischen erfolgten Anhörung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichsrats die Vermahlungsquote ab 16. August für die ganze Dauer des beginnenden Getreidewirtschaftsjahres auf 97 v. H. festzusetzen.

Um im Rahmen dieses Vermahlungssatzes den Mühlen die Mitverwendung von besonders kleberreichen Auslandsweizen zur Herstellung ihrer Mehlmarken auch weiterhin zu ermöglichen, ist die Einfuhr von ausländischem Kleberweizen im Austausch gegen vorher ausgeführten Inlandsweizen in Vorbereitung. Die nähere Regelung für die technische Durchführung, bei der dieser auf Ausfuhrschein ins Inland gebrachte Auslandsweizen auch auf den Vermahlungssatz zur Anrechnung kommt, ist in Kürze zu erwarten. Im Hinblick darauf, daß die diesbezüglichen Beratungen noch nicht endgültig abgeschlossen werden konnten und zur Zeit inländischer Weizen für die Erfüllung des 97prozentigen Vermahlungssatzes noch nicht in ausreichender Menge zur Verfügung steht, ist zunächst die Zwischenregelung bis zum 15. August getroffen worden.

Kein Verschleudern der Ernte.

Vor den weiteren Agrarmaßnahmen.

Berlin, 2. August.

Im Anschluß an die Neufestsetzung der Vermahlungsquote für Inlandsweizen und den Plan einer Ausfuhrförderung für Weizen wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Beratungen der zuständigen Stellen über die weiteren Maßnahmen zur Sicherung der Erntebewegung und zur Verhütung umfangreicher landwirtschaftlicher Zusammenbrüche sich wegen der Beschäftigung des Kabinetts mit den Vorbereitungen für die Inangangbringung des Zahlungsverkehrs länger hinausgezogen, als ursprünglich beabsichtigt war.

Es ist dementsprechend kaum vor Anfang dieser Woche mit dem Erlaß der Maßnahmen zu rechnen. Dabei spielen die Pläne für ein vorsichtig formuliertes Teilmoratorium zur Sicherung des Realkredites eine besondere Rolle, weil jede Gefährdung anderer Wirtschaftsstände, und etwa von einem Moratorium nicht betroffener Gebiete sorgfältig vermieden werden muß. Es darf aber als feststehend betrachtet werden, daß ein geeigneter Weg gefunden wird, um der Verschleuderung der Ernte vorzubeugen.

Insbesondere dürfte es möglich gemacht werden, daß die bisher im wesentlichen nur theoretisch sichergestellte Erntefinanzierung durch Einführung angemessener Zinssätze zur praktischen Wirkung gebracht wird.

Ein Appell des Mittelstandes.

Das deutsche Handwerk an den Reichskanzler.

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag und der Reichsverband des Deutschen Handwerks haben an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der es heißt:

---

28. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

IX.

„Wer ist jener Herr, der mit uns geht?" fragte Helene Brandis leise, als sie glaubte, daß die Vorangehenden außer Hörweite waren.

Ija, noch in Gedanken bei dem ernsten Gespräch, das sie mit Bardini geführt hatte, wußte sich nicht sogleich zurechtzufinden.

„Sie meinen den Italiener?" fragte sie nach kurzer Pause zerstreut.

„Ja. Wie heißt er? Ich verstand ihn vorhin nicht gut."

„Bardini."

„Bardini — und was ist er — ich meine von Beruf?"

„Das weiß ich nicht; wir lernten ihn auch erst gestern kennen," erwiderte Ija, verwundert über die plötzlich erwachte Anteilnahme des bis dahin völlig teilnahmslosen Mädchens.

„Mir ist es, als müßte ich ihn kennen oder doch schon einmal irgendwo gesehen haben," fuhr Helene Brandis fort.

Merkwürdig, dachte Ija, so erging es mir auch bei der ersten Begegnung.

„Wo könnte das gewesen sein?" fragte sie.

„Wenn ich das nur wüßte! Das ist eben das Krankhafte an mir. Oft, wenn ich einem Menschen zum ersten Mal begegne, bilde ich mir ein, ihn schon früher gesehen zu haben. Später mache ich dann gewöhnlich die Erfahrung, daß es nichts weiter als Einbildung war. Ich verwechsle oft Personen und Bilder, und besonders, was vor meiner schweren Krankheit geschah, ist in Nebel gehüllt. Zuweilen taucht daraus ein Bild klar und deutlich vor mir auf, aber ich weiß es nirgends hinzubringen."

„Sie haben eine schwere Krankheit durchgemacht?" Voll tiefen Mitgefühls zog Ija den Arm Helenes, die jetzt ihre volle Teilnahme in Anspruch nahm, durch den ihren.

Helene Brandis nickte. „Ich hatte ein schweres Nervenfieber, das mich dem Tode nahe brachte, und ich wünschte, ich wäre damals gestorben."

„O, Fräulein Brandis," rief Ija erschreckt.

„Der Wunsch mag wohl selbstsüchtig sein, denn ich denke dabei nicht an den Kummer, den ich meinen armen Eltern, deren einziges Kind ich bin, machen würde — aber ich kann doch nie wieder froh werden — die Welt ist tot für mich ohne — ihn," sagte Helene Brandis.

„Ohne wen?" fragte Ija leise und zögernd und doch fühlend, daß sie mit dieser Frage eine Wohltat erwies

Helene bekämpfte aufsteigende Tränen.

„Ich verlor — meinen — Bräutigam."

„Wie — wodurch?"

„Er — starb."

Ija drückte den Arm des in ihrem Schmerz bebenden Mädchens fester an sich.

„Wie lange ist das her?"

„Anderthalb Jahre."

„Und Sie haben sich noch nicht in Ihr trauriges Schicksal ergeben, noch nicht überwinden können?"

„Ich — überwinde — nie."

Ija hielt den Schritt zurück, damit die Vorangehenden einen weiteren Vorsprung bekämen. Dann beugte sie sich dichter zu der Fremden, deren Leid sie ihr näher rückte, herab.

„Ich verlor auch einst — den Bräutigam — und — Sie sehen, ich habe auch überwunden."

Ungläubig, zweifelnd sah Helene jetzt zu ihr auf.

„Sie — — Sie — — haben das Gleiche durchgemacht und — — sehen mit solcher heiteren Miene in die Welt, können sich an allem so freuen und teilnehmen? — Ich verstehe das nicht oder — — Sie müssen — — ihren Bräutigam nicht geliebt haben, wie ich den meinen."

„Ich — — habe ihn geliebt!"

„Und Ihre Liebe ging nicht über den Tod hinaus?" fragte Helene leidenschaftlich.

Ija blieb ruhig wie immer.

„Die Zeit heilt alle Wunden, man muß nur Gott vertrauen."

„Gott — — ich glaubte auch einst an ihn, aber seitdem er mir das antun konnte, habe ich ihn verloren."

„So suchen Sie ihn wieder, und Sie werden sehen, er hilft Ihnen."

Helenes Züge trugen noch immer einen zweifelnden Ausdruck.

„Und sonst war Ihnen niemand Stütze und Halt in jener schweren Zeit?"

„Doch — ich hatte meine Mutter, die mir tragen half — im stillen. Denn es gibt Leiden, die man nur mit Gott und sich selbst durchkämpfen muß und über die uns selbst die treueste Liebe nicht hinwegtragen kann."

„Meine Mutter versucht mich auch zu trösten, aber mit Worten, und die tun es nicht."

„Machen Sie Taten daraus."

„Wie das? — O, lehren Sie mich mit Ihren Augen schauen! Ich möchte gesund und stark werden wie Sie."

„Der Wille ist der erste Schritt zur Genesung. Wenn Sie ihn ernstlich haben, werden Sie auch gesund werden. Sie brauchen ja nur um sich zu schauen. Sehen Sie nur die herrliche Gotteswelt, die vor Ihnen liegt und an deren Schönheit Sie sich erfreuen können. — Wir stehen jetzt auf der Höhe — tief unter uns das Tal —, aber rings umher türmen sich die Berge bis zu den Schneeregionen."

Helene antwortete nicht; sie schaute und schaute. Es war ein Wunderland, das sich ihr auftat und darin sich ihr Geist erst zurechtfinden mußte. Und es wehte eine freie reine Luft hier oben. Der Dunst und Staub des Tales drang nicht hinauf.

Bardini hatte sich, im Gespräch mit den Lehrerinnen, zuweilen verstohlen nach den beiden Nachfolgenden umgesehen. Sie schienen vertieft ineinander und ihrer vergessen zu haben. Der Abstand wurde immer größer und zuletzt sah man sie nicht mehr. Das fiel den Lehrerinnen erst auf, als sie beim Hotel Arzenfels angelangt waren.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310804-12/fragment/page=0002

„Die Reichsregierung beabsichtigt nach Pressenachrichten die Bestellung eines Reichskommissars für Finanz und Wirtschaft. Die Namen, die im Zusammenhang hiermit in der Presse genannt werden, lassen erkennen, daß dieser Kommissar wiederum aus den Kreisen der Großwirtschaft entnommen werden wird.

Um so notwendiger erscheint uns die Herbeiführung einer unmittelbaren Fühlungnahme von Handwerk und Gewerbe mit der Reichsregierung.

Wir halten es in diesen Ausnahmezeiten für eine staatspolitische Notwendigkeit, daß dem gewerblichen Mittelstand das bittere Gefühl der Vernachlässigung und Vereinsamung genommen wird, das in den letzten zehn Jahren mehr und mehr in diesen Schichten Platz gegriffen hat. Dem Herrn Reichskanzler unterbreiten wir daher in unserer ernsten und wohl verständlichen Sorge um die Aufrechterhaltung der Wirtschaft des gewerblichen Mittelstandes die dringende Bitte, darauf bedacht zu sein.

daß bei allen Maßnahmen, die in der Reichsregierung für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise vorbereitet werden, ein sachverständiger Vertrauensmann der mittelständischen Wirtschaft beteiligt wird."

Ferner wird in der Eingabe darauf hingewiesen, daß wir vor allem in dem Gefühl der Masse und in der öffentlichen Meinung des Volkes eine Rehabilitierung des Erwerbsstrebens und der wirtschaftlichen Leistung sowie eine gerechtere Bewertung der Initiative des persönlich schaffenden Unternehmens brauchen.

Deutschland antwortet.

Professor Bruns Replik vor dem Haager Gerichtshof.

Haag, 31. Juli.

In der Sitzung des ständigen internationalen Gerichtshofs im Haag gab der Vertreter Deutschlands, Professor Dr. Bruns, seine Replik auf die Ausführungen der Gegenseite. Unter großer Spannung im ganzen Saal kam er mit erhobener Stimme unter genauer Betonung jedes einzelnen Wortes zu folgender Schlußfolgerung: „Nichts kann besser die Geisteshaltung der Gegner dartun, nichts besser ihre rein politischen Tendenzen charakterisieren, als die Haltung der Advokaten der italienischen Regierung, der soweit gegangen ist, eine Kriegsdrohung in den Hallen des Friedenspalastes auszusprechen."

Die Steuerpflichten im August.

Im Reich:

5. Abführung des Lohnabzuges und der Krisensteuer für die Zeit vom 16. bis 31. Juli (Keine Schonfrist).
10. Anmeldung und Zahlung der Börsenumsatzsteuer im Verrechnungsverfahren.
15. Zahlung der Vermögensteuer nach der im letzten Vermögensteuerbescheid festgesetzten Schuld. Die Quartalsrate der Landwirtschaft ist nicht jetzt, sondern zusammen mit der Rate am 15. November zu entrichten.
20. Abführung des Lohnabzuges und der Krisensteuer für die Zeit vom 1. bis 15. August.

Die Abgaben in Preußen.

10. Die Bier- evtl. Getränkesteuer ist abzuführen.
15. Die Gewerbeertrags- und Gewerbekapitalsteuer ist zu entrichten ebenso die Hauszinssteuer.
15. Monats- und Quartalszahler haben die Grundvermögenssteuer mit Zuschlägen zu leisten.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 3. August 1931

* **Gegen die Wilddieberei.** Zur Bekämpfung des Wildereiunwesens in den preußischen Staatsforsten hat der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vor kurzem eine wichtige Maßnahme getroffen. Er hat, vorläufig für die Zeit bis zum 30. Juni 1933 bestimmt, daß eine Geldbelohnung in Höhe von 20 bis 100 RM — je nach der Schwere des Falles — erhält, wer einen Wilddieb derart zur Anzeige bringt, daß er rechtskräftig verurteilt wird. Wenn die Tat besonders schwer ist, (z. B. bei gewerbsmäßigen Wilddieben), so daß Bestrafung mit mehr als drei Monaten Gefängnis erfolgt, wird eine Belohnung in doppelter Höhe der obengenannten Beträge gezahlt. Die Anzeigen werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

Wittenberg. Der Zusammenbruch der Firma Herrosé & Ziemsen GmbH., deren Konkurs vor einigen Tagen vom hiesigen Amtsgericht bekanntgegeben wurde, hat hier sowohl wie in der weiteren Fachwelt erhebliches Aufsehen erregt Die Firma, die vor etwa dreißig Jahren von Gräfenhainichen hierher übersiedelte, wo sie vor etwa sechzig Jahren von dem Buchdruckereibesitzer Carl Schulze unter der Firma C. H. Schulze & Co. gegründet worden war, befaßte sich vornehmlich mit dem Druck von Büchern und Zeitschriften, deren Einbandarbeiten zum Teil auch von ihr hergestellt wurden. Die früheren Inhaber sind bereits vor längerer Zeit aus der Firma ausgeschieden. Nach mehrmaligem Besitzwechsel ging das Haus, das sich in Fachkreisen eines guten Rufes erfreute, in den Besitz des Buchdruckereibesitzers Arno Pries in Leipzig über, der die Leitung an Direktor Gustav Frenk übertrug, der gleichzeitig Mitinhaber wurde. Buchdruckereibesitzer Arno Pries ist weiter Inhaber der Firmen J. B. Hirschfeld und August Pries in Leipzig, die jetzt ebenfalls ihre Zahlungen eingestellt haben und ein Moratorium anbahnen. Die Firma Herrosé & Ziemsen GmbH. beschäftigte hier bis vor einiger Zeit ein Personal von einigen hundert Köpfen. Es wäre recht bedauerlich, wenn der Betrieb stillgelegt werden und das Personal brotlos würde. Ueber die weiteren Maßnahmen wird demnächst Beschluß gefaßt werden. Die Firma ist ein Opfer der Zeit geworden, in der Bücher und Zeitschriften bei weitem nicht mehr in dem Umfange gekauft werden als früher.

Oranienbaum. (Stadtratswahl ungültig erklärt). Die Stadtratswahl in Oranienbaum vom 12. Juli ist von der Aufsichtsbehörde für ungültig erklärt worden, weil kurz vor der Wahl eine Besprechung stattgefunden hat, die Wahl also nicht vorschriftsmäßig vor sich gegangen ist.

Drehlitz. (Die Beine fast abgemäht). Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich beim Gutsbesitzer Oehmicke dadurch, daß ein Mädchen beim Futterholen in die Grasmähmaschine geriet. Der Unglücklichen wurden beide Beine fast abgemäht. Sie wurde sofort dem Krankenhaus in Bitterfeld zugeführt, wo wahrscheinlich ein Fuß amputiert werden wird. Dem Kutscher ist keine Schuld beizumessen.

Wörlitz. Ein blindes Rothirschkalb wurde im Wörlitzer Forst auf Veranlassung der Forstverwaltung abgeschossen und gestern unter die bedürftigen Einwohner unserer Stadt verteilt, die auf diese Weise unverhofft zu einem Wildbraten gekommen sind. An Gewicht hatte das agebalgte Tier zirka 35 bis 40 Pfund.

Dessau. Schonzeit für Füchse. Auf Grund des § 11 der Ministerialverordnung zur Ausführung des Naturschutzgesetzes vom 5. Juni 1930 wird durch das Amtsblatt für Anhalt widerruflich bestimmt, daß der Fuchs bis auf weiteres mit der Jagd zu verschonen ist.

Düben, 31. Juli. Der 19jährige Sohn des Weißgerbers Dilßner aus der Schützenstraße hat sich gestern auf der Vogelwiese in Wittenberg erschossen. Ueber die Gründe, die den jungen Mann, der in Coswig beschäftigt war, in den Tod getrieben haben, ist nichts bekannt.

Unbefugte dreschen 50 Zentner Getreide aus.

Domnitz (Saalkreis). Bisher unbekannte Diebe stahlen von dem an die Gemarkung Löbejün angrenzenden Felde eines Gutsbesitzers etwa 50 Zentner Getreide. Da die Diebe sehr raffiniert zu Werke gingen und die ausgedroschenen Garben sachgemäß wieder aufrichteten, wurde der Diebstahl erst beim Einfahren bemerkt.

25 000 Mark bei Bauarbeiten gespart.

Bleicherode. Bei den Straßen-, Kanalisations- und Wasserleitungsarbeiten wurden 25 000 Mark eingespart. Im Etat tritt dies allerdings nicht direkt in Erscheinung, da die Kosten durch Anleihe aufgebracht werden sollten. Der Bürgermeister berichtete dann über die Besichtigung der Kläranlage der Stadt Delitzsch, die sich sehr gut bewährt hat. Trotz der unhaltbaren Zustände bei der jetzigen Kläranlage der Stadt Bleicherode kam die Versammlung aber zur Ablehnung eines Neubaues, da dieser nach dem Magistratsvorschlag immerhin einen Kostenaufwand von jährlich mindestens 9 690 Mark erfordern würde.

Stadtkassierer und Defraudant.

Benneckenstein (Harz). Hier wurden größere Veruntreuungen des Kassierers Unger, der die Stadthauptkasse zu verwalten hatte, aufgedeckt. Die genaue Höhe der veruntreuten Summe steht noch nicht fest, da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Ein Merseburger wollte die Niagara-Fälle durchschwimmen.

Merseburg. Beim Durchschwimmen des Niagarafalles in Nordamerika fand vor etwa zwei Wochen ein Deutscher den Tod. Wie sich herausgestellt hat, handelt es sich um einen Merseburger, und zwar den Sohn des Schuhmachermeisters Mende, der vor einigen Jahren nach Kanada auswanderte. Wie man weiter erfährt, hatte M. die Absicht, eine Stelle in den Vereinigten Staaten anzunehmen. Da aber die Einreiseerlaubnis noch ausstand, entschloß er sich, den Niagara-Grenzfluß zu durchschwimmen. Erst dieser Tage erhielten die Angehörigen die Nachricht vom Tode ihres Sohnes aus Amerika.

Das Stadion nur unpolitische Kampfstätte.

Erfurt. Der Magistrat beschloß, die Mitteldeutsche Kampfbahn grundsätzlich nicht zu politischen Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Nach langen Beratungen und Überlegungen und eingehender Prüfung der Sachlage mußte dieser Standpunkt, nach dem in jedem Falle verfahren werden wird, eingenommen werden. Die Kampfbahn ist nach ihrer ganzen Anlage und Einrichtung für Verwendung zu sportlichen, kulturellen und ähnlichen Zwecken geschaffen. Politische Kundgebungen können daher in ihr nicht veranstaltet werden, sondern müssen auf andere hierfür geeignete Plätze usw. verwiesen werden.

Schnellzug fährt in eine Schafherde.

Zscherben (Saalkr.). Der Schnellzug Eisleben—Halle, der gegen 19.30 Uhr hier durchfährt, fuhr am Freitag in eine große Schafherde, die gerade den Bahnübergang passierte. Etwa 50 Schafe wurden sofort getötet, mehrere wurden schwer verletzt und mußten abgeschlachten werden. Der Schäfer erklärte, keine Möglichkeit mehr gehabt zu haben, das Unglück abzuwenden, da die Hunde die Schafe nicht mehr zurücktreiben konnten.

Gehaltszahlung in Wochenraten.

Magdeburg. Mit Rücksicht auf die völlig ungeklärte Lage der Zahlungsmittel der deutschen Städte, an der die Kommunalverwaltungen schuldlos sind, hat sich die Stadt Magdeburg veranlaßt gesehen, entgegen der ursprünglichen Absicht, Auszahlung der Gehälter und Löhne für den Zeitraum von 14 Tagen, zunächst **nur für eine Woche zu zahlen.** Zur Zeit ist die Stadt noch nicht in der Lage, zu übersehen, wann die restliche Gehaltszahlung für die erste Hälfte des Monats August erfolgen kann.

Vom Städtischen Pressedienst wird dazu noch folgendes ausgeführt:

Die Notwendigkeit für die Stadtverwaltung, die Auszahlung der Gehälter im Augenblick auf achttägige Zahlung einzuschränken, beruht nicht darauf, daß es der Stadt an Mitteln fehlt. Die Stadt verfügt über Millionen beständiger liquider Forderungen, die unter normalen Verhältnissen ihr täglich zur Verfügung stehen und sie in den Stand setzen würden, einen einmahligen Zustand für längere Zeit zu überwinden. Im Augenblick liegen aber die Verhältnisse so, daß die Stadt diese liquiden Gelder nicht realisieren kann, weil der gesamte Zahlungsverkehr ins Stocken geraten ist.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Juli.

Magdeburg. Die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse im Monat Juli hat das Handwerk auf das schwerste in Mitleidenschaft gezogen. Die Zahlungsstockung im ganzen Bankfystem und der Mangel an Zahlungsmitteln ließen Auftragsbestand und Umsatz in den meisten Gewerben rasch zurückgehen. Sogar bereits erteilte Aufträge wurden häufig zurückgezogen. Allerdings wird auch vereinzelt darauf hingewiesen, daß durch Angstkäufe des Publikums das Schneider- und Tischlerhandwerk eine vorübergehende Belebung des Absatzes zu verzeichnen hatten. Überwiegend waren jedoch die Berichte über die wirtschaftliche Lage des Handwerks wenig zufriedenstellend. Selbst die Saisongewerbe berichten, daß eine Besserung kaum spürbar war. Das Bauhandwerk hatte außerdem unter der regnerischen Witterung zu leiden, die Außenarbeiten nur in beschränktem Umfang zuließ. Die Preisgestaltung für Erzeugnisse des Handels war unter diesen Umständen derart gedrückt, daß vielfach die Gestehungskosten nicht mehr gedeckt wurden. Erschwerend kommt hinzu, daß das Vorgunwesen sich weiter ausdehnte. Da in den meisten Handwerkszweigen Gesellenentlassungen notwendig wurden, haben sich die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt natürlich erheblich verschlechtert.

Allgemeine Beruhigung der Sparer.

Magdeburg. Das Sparerpublikum hatte nach der ersten Aufregung sehr schnell unterscheiden gelernt zwischen vorübergehender Zahlungsmittelknappheit und dauernder Zahlungsunfähigkeit. Keine öffentliche Sparkasse in Deutschland ist zahlungsunfähig geworden. Gefehlt haben wie überall lediglich die notwendigen Zahlungsmittel. Auf jeden Fall hat sich die Angst um die Sparguthaben erfreulich schnell gelegt. Aus allen Teilen des Reiches wird berichtet, daß Neu- und Rückeinzahlungen wieder in starkem Maße vorgenommen werden.

Der Postinspektor mit dem Peilapparat.

Magdeburg. Ein früherer Versicherungsangestellter hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu verantworten. Stellungslosigkeit hatte den 25jährigen dazu getrieben, als „Postinspektor" mit einem Peilapparat bei den Magdeburger Hausfrauen zu erscheinen. Angeblich wollte er Schwarzhörer abfangen. Außerdem versuchte er, die Frauen zu überreden, Mitglied des Rundfunkschutzverbandes zu werden und Beiträge zu zahlen. In nur wenigen Fällen ist das Manöver geglückt. Obwohl die Beute eine sehr geringe war, verurteilte ihn doch das Gericht wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu sechs Monaten Gefängnis; außerdem erhielt er noch wegen Amtsanmaßung drei weitere Monate Gefängnis.

Fürsorgesätze wurden herabgesetzt. — Kommunale Totenbestattung aufgehoben.

Leipzig. Die Kreishauptmannschaft hat auf Grund der Ausführungsverordnung der Sächsischen Regierung zur Sicherung der Haushaltführung der Selbstverwaltungskörper vom 15. Juli der Anweisung auf Einführung der Getränkesteuer nunmehr eine Anweisung auf Herabsetzung der Unterstützungssätze in der öffentlichen Fürsorge in Leipzig folgen lassen.

Die Amtshauptmannschaft Leipzig hat als Staatsaufsichtsbehörde für alle Gemeinden ihres Bezirks, in denen die kostenlose kommunale Totenbestattung eingeführt war, durch Verordnung die entsprechenden Ortsgesetze ab 1. August aufgehoben.

Die Getränkesteuer und ihre Erhebung.

Leipzig. Die 4. Innungsversammlung der Gastwirteinnung Leipzig beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung eingehend mit der am 1. August einsetzenden Getränkesteuer und verlangte ihre Erhebung durch Markenausgabe. Hierzu wird vom Stadtsteueramt geschrieben: „Wenn auch zur Zeit auf Anregung der Gastwirtsorganisation eingehende Erörterungen darüber schweben, ob es sich empfiehlt, die Gemeindegetränkesteuer durch Verausgabung von Wertmarken zu erheben, so ändert dies doch nichts an der Tatsache, daß die Gemeindegetränkesteuer vom 1. August 1931 ab von den steuerpflichtigen Gewerbetreibenden nach den in den Tageszeitungen bekannt gemachten Bestimmungen des 72. Nachtrages zur Steuerordnung für die Stadt Leipzig und den hierzu erlassenen Ausführungsbestimmungen des Stadtsteueramtes erhoben wird. Diese Bestimmungen sehen die Verwendung von Wertmarken nicht vor."

Blutige Eifersuchtstragödie.

Eilenburg. Sonnabend früh hatte sich im Stadteil Eilenburg-Ost der 43 Jahre alte arbeitslose Witwer Korsch erschossen, nachdem er zuvor seine zehnjährige Tochter vergiftet und auf seine frühere Geliebte einen Schuß abgegeben hatte, der die Frau schwer verletzte. Als Grund zur Tat wird Eifersucht angenommen.

Maskierte berauben ein Postauto.

Dresden. Sonnabend früh wurde ein nach Geising-Altenberg fahrender Personenkraftwagen in der Dippoldiswalder Heide von unbekannten Männern, die die Straße durch einen quer gestellten Wagen gesperrt hatten, überfallen und beraubt.

Hierzu wird noch gemeldet: In der Nähe von Wendisch-Carsdorf stand mitten auf der Straße ein Privatkraftwagen, so daß der Postautoführer halten mußte. Plötzlich kamen aus dem Walde zwei maskierte Männer mit vorgehaltenen Revolvern und verlangten dem Postautoführer die Wagenschlüssel ab. Gleichzeitig brach ein dritter am Hinterteil des Postautos das Vorhängeschloß auf. Den Räubern gelang es, 21 000 Mark, die zur Rentenauszahlung in Dippoldiswalde bestimmt waren, zu erbeuten. Darauf fuhren die Räuber mit dem auf der Straßenmitte haltenden Privatauto davon. Die Oberpostdirektion Dresden hat für die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 500 Mark und für die Herbeischaffung der geraubten Postgelder und sonstigen Wertsendungen eine Belohnung von 5 Prozent des Wertes ausgesetzt.

Schnelles Ende der „Währungsreformer".

Gera. Die „Tauscher"-Angelegenheit in Gera scheint ein schnelles Ende zu nehmen. Allerdings haben die zwei Tage, die diese „Tauscher" im Umlauf waren, genügt, um unter der Bevölkerung allerhand Verwirrung und Unruhe anzurichten. Schon am Mittwoch hat das Thüringische Innenministerium die Polizeidirektion Gera beauftragt, die Angelegenheit zu untersuchen. Am Freitag hat nun die Geraer Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Beschlagnahme der „Tauscher" beantragt.

Die Ostthüringer Industrie- und Handelskammer teilt uns mit, daß sie das Vorgehen des „Bundes für krisenlose Volkswirtschaft" verurteilt und alle Geschäftsleute wegen möglicher wirtschaftlicher und strafrechtlicher Folgen vor der Inzahlungnahme der Tauscher warnt. Eine vollkommene Beseitigung dieses Unfugs dürfte demnach schon in aller Kürze bevorstehen.

In Zeulenroda Pflichtarbeit.

Zeulenroda. Auf Anordnung des Bezirksfürsorgeverbandes hat die hiesige Wohlfahrtsstelle nunmehr die Pflichtarbeit eingeführt. Die Wohlfahrtsempfänger müssen für je eine Reichsmark Unterstützung eine Stunde wöchentlich arbeiten. An dem Tage, an dem die Arbeit geleistet wird, erhält der Betreffende außerdem eine Brotkarte und eine Eßmarke. Wohlfahrtsempfänger, die körperlich schwächlich veranlagt sind und Frauen mit Kindern, werden zu dieser Pflichtleistung nicht herangezogen.

Fünffache Bürgersteuer in Sonneberg.

Sonneberg. Vor einigen Tagen hat der Erste Bürgermeister als Regierungskommissar die neuen Steuern und Gebühren bekannt gegeben, mit denen der Etat für 1931 ausgeglichen werden soll. Bei den Veröffentlichungen war auch erwähnt worden, daß das neue Ortsgesetz über die Bürgersteuer an der Rathaus-Tafel ausgehängt sei. Jetzt stellt sich heraus, daß dieses Ortsgesetz eine neue, wesentliche Belastung der Bevölkerung mit sich bringt. Es erhöht nämlich den Zuschlag zur Bürgersteuer auf 400 Prozent, so daß insgesamt 500 Prozent Bürgersteuer an die Stadt zu zahlen sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310804-12/fragment/page=0003

Neues aus aller Welt.

Verzweiflungstat eines arbeitslosen Familienvaters. Ein seit Jahren stellungsloser Kaufmann in Kassel erschoß seine Frau, seine Tochter und seinen 12jährigen Jungen und verübte dann Selbstmord durch Erschießen. Die Eltern hatten wahrscheinlich vorher ihren Kindern ein starkes Schlafpulver gegeben. In einem langen Brief teilte der Kaufmann den oben angegebenen Grund zur Tat mit.

Vom Baugerüst tödlich abgestürzt. In Kopenhagen ereignete sich ein furchtbares Unglück, wobei der Klempnermeister Knudsen getötet und sein 16jähriger Sohn schwer verletzt wurde. Knudsen und sein Sohn arbeiteten beide auf einem Gestell auf einem Hofe, um das Dach eines vier Stock hohen Hauses auszubessern. Plötzlich brach das Gestell zusammen und Vater und Sohn stürzten in den zementierten Hof herab und wurden unter den Trümmern des Gestells begraben. Der Klempnermeister war auf der Stelle tot, an dem Aufkommen des Sohnes wird gezweifelt.

Jägerfreuden im August.

Der „[illegible] Mann„ unter den deutschen Jägern hat in der letzten Zeit wenig Gelegenheit gehabt, seine Flinte zur Jagdausübung ins Revier zu tragen. Der August schafft da, wenn auch nicht überall in deutschen Landen, so doch mancherorts bereits etwas Abhilfe, denn hier und da beginnt bereits um die Mitte des Monats die Hühnerjagd. Man sei aber vorsichtig und richte sich nicht lediglich nach den weißen oder schwarzen Feldern im Jagdkalender, weil wir ja leider immer noch nicht ein einheitliches Reichsjagdgesetz haben. So beginnt zum Beispiel auf dem Papier die Rebhühnerjagd in Preußen offiziell am 1. September, aber die zuständigen Stellen (Regierungspräsident, Bezirksausschüsse usw.) haben das Recht, den Auftakt um eine Spanne bis zu vierzehn Tagen vor- oder nachzuverlegen. Aehnlich ist es in manchen anderen deutschen Ländern.

Uebt man aber zu Recht die Hühnerjagd aus, dann achte man besonders auf das Zeichnen des beschossenen Federwildes. Das ist nicht immer leicht, da ja die Führung des Hundes einen großen Teil der Aufmerksamkeit des Jägers beansprucht. Zu Aufgang der Jagd fallen die noch nicht voll ausgewachsenen Hühner ziemlich leicht, auch dann, wenn sie nur von einigen Randschroten des Streukegels getroffen werden. Aber sie sind meistens nicht tot, und infolgedessen muß ein guter Hund zur Stelle sein, wenn die angebleiten oder geflügelten Hühnchen nicht elend zugrunde gehen und verludern sollen.

Eine andere Jagd, die der August dem „kleinen Mann" bringt, ist die Jagd auf Wildenten. Die Jungen sind jetzt ausnahmslos voll befiedert, und der Abschuß kann getrost begonnen werden, wenn man — auch hier über einen guten Hund verfügt. Wie der weidgerechte Jäger die Entenjagd auszuüben hat, und daß er die Schose nicht restlos zusammenknallen darf, weiß er selbst.

Der von Diana schon etwas mehr begünstige Jägersmann darf jetzt getrost auf den roten Bock weidwerken. Fast überall in Wald und Feld ist die erste Hälfte der Blattzeit überschritten. Die braven Böcke haben ihre Bestimmung, sich fortzupflanzen, erfüllt und ihre gute Veranlagung vererbt, und der hegende Jäger holt sich jetzt den verdienten Lohn.

In vielen deutschen Ländern, u. a. auch in Preußen, ist im August die Jagd auf männliches Rot- und Damwild gestattet. Das Geweih des Rothirsches ist fertig, die Hirsche selbst stehen in der Feistzeit. Ob der Feisthirsch bereits sein Leben lassen oder ob er am Leben bleiben soll bis zur zweiten Hälfte der Brunftzeit, darüber müssen die Bestands- und Revierverhältnisse und letzten Endes die Weidgerechtigkeit des Jägers selbst entscheiden. Das Erlegen eines Feistthirsches ist kein Kinderspiel. In der Feist ist der Rothirsch ungemein heimlich. Nicht etwa, weil er besonders vorsichtig wäre, sondern weil er infolge der überreichlichen Nahrungsaufnahme ungemein faul ist. Infolgedessen gehört schon allerhand dazu, einen Feisthirsch richtig zu bestätigen, denn man bekommt ihn nur höchst selten zu Gesicht. Dabei muß man sich bei seinen Pürschgängen vor jeder Beunruhigung des Reviers streng hüten, denn der Hirsch nimmt um diese Zeit jede Störung ungemein übel. Er will eben seine Ruhe haben, um für die Brunftzeit den nötigen Feist und die nötigen Kräfte zu sammeln. Findet er diese Ruhe nicht, dann wird ihm die Geschichte recht bald zu dumm, und er verschwindet auf Nimmerwiedersehen dorthin, wo ihn die bösen Menschen nicht beunruhigen.

W. D.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtsparkasse zu Kemberg.

Nach dem letzten Reichsbankausweis vom 23. Juli 1931 ist die gesamte Kapitalanlage der Bank um 243,5 Mill. RM. auf 3485,2 Mill. RM. angewachsen. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich wiederum nur mäßig und zwar um 32,8 Mill. RM. auf 4194,6 Mill. RM. erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen besserte sich von 35,8 % in der Vorwoche auf 36,1 %.

Für die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage ergeben sich aus der Fülle der in den letzten Wochen getroffenen Not- und Zwangsmaßnahmen wachsende Schwierigkeiten. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die allseitigen Bemühungen eine baldige Wiederherstellung normaler Geld- und Kreditverhältnisse zur Folge haben. — Der Rückgang der Bautätigkeit hält unvermindert an. In den deutschen Groß- und Mittelstädten wurden im Mai insgesamt 6700 Wohnungen fertiggestellt, d. h. 3100 Wohnungen weniger als im Vormonat und 7300 Wohnungen weniger als im Mai 1930. —

Die Ernteffinanzierung war durch das Zusammentreffen der Kredit- und Zahlungsmittelkrise mit dem Beginn der Ernte in ungewöhnlichem Maße gefährdet. Erfreulicherweise ist inzwischen eine Finanzierungsaktion beschlossen worden, die eine Ueberbrückung der Schwierigkeiten erwarten läßt. — Angesichts der gedrückten Wirtschaftslage, der durchweg ungünstigen Witterung und der Finanzkrise ist die Sommersaison 1931 für die deutschen Bäder und Kurorte nach den bisherigen Berichten der Bäderverbände trotz der Drosselung der Auslandsreisen zu einer ausgesprochenen Notsaison geworden. Die Fremdenindustrie des Gesamtharzes und der umliegenden Gebiete weist darauf hin, daß die Gaststätten in der Hochsaison durchweg nur eine Belegungsziffer von 10—20 % aufweisen. — Die kritische Wirtschaftslage Thüringens kommt u. a. auch in einem Anwachsen der Zahlungsschwierigkeiten und der Zwangsversteigerungen zum Ausdruck. In der letzten Berichtswoche kamen beispielsweise 54 Hausgrundstücke (gegen 24 in der Vorwoche) zur Versteigerung.

Die auf den Stichtag des 22. Juli 1931 berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist von 112,3 am 15.7.1931 auf 112,1 gesunken.

Die rückläufige Bewegung am Arbeitsmarkt ist in der ersten Hälfte des Monats Juli auch im Bereich des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland nahezu zum Stillstand gekommen. Am 15. Juli zählte man 350742 Arbeitsuchende; der Rückgang betrug nur noch 437 Personen.

Eingesandt.

Für die unter dieser Rubrik veröffentlichten Notizen übernehmen wir keine Verantwortung.)

Für Sonnabend, den 1. August, hatte die Ortsgruppe der NSDAP. die Einwohnerschaft zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen, in welcher der Kreistagsabgeordnete W. Ritterbusch über das Thema: „Warum Volksentscheid" sprechen würde

Dieser wichtigen Aufgabe entledigte sich Herr Ritterbusch in einem etwa zweistündigem Vortrage und schilderte sachlich und überzeugend die Not des schaffenden deutschen Volkes von seinen Anfängen bis zu dem jetzigen Elend.

Herr Ritterbusch wies nach, daß die Anfänge der Not unseres Volkes bis in die Vorkriegszeit zurück reichten, eine Folge der Irrlehre des jüdischen Marxismus in Verbindung mit der gleichgültigen Einstellung des Mittelstandes. Ferner wurde klar gestellt, warum und wodurch das Volk von Stufe zu Stufe heruntergedrückt wurde, um in den Genuß der marxistischen Errungenschaften von Schönheit und Würde, dem heutigen Elend, zu kommen. Von dieser Schönheit und Würde ist kein erwerbstätiger Volksgenosse verschont, ganz gleich ob er Bauer, Handwerker oder Arbeiter ist.

Der Redner verurteilte in seinem Vortrage den Unsinn, daß sich das deutsche Volk in Interessenten- und Klassenparteien zersplittere, anstatt die wahre Volksgemeinschaft zu erstreben, denn nur durch diese kann der Aufstieg des deutschen Volkes kommen, der uns aus dem Elend führt.

Von allen Parteien des deutschen Volkes bekennt sich nur die NSDAP zur positiven Volksgemeinschaft, die in ihrem Führer Adolf Hitler den Wegbereiter besitzt, der dem Volke den Weg zeigt, den das deutsche Volk notgedrungen gehen muß, um aus den Klauen des jüdischen internationalen Leihkapitals heraus zu kommen.

In der darauffolgenden Aussprache referierte Herr Rybarczyk, warum sich die KPD notgedrungen am Volksentscheid beteilige.

Die paar Seitenhiebe, die dieser Redner auf die NSDAP herabfallen lassen wollte, wurden von Herrn Ritterbusch glatt abgefangen und zurückgewiesen.

Herr Ritterbusch verurteilte in seinem Schlußwort die Parole und die unsinnige Taktik der KPD, ihre Anhänger blindlings gegen die polizeilichen Machtmittel aufzuhetzen und anrennen zu lassen, da dieselben sich doch nur blutige Köpfe holen und mit solchen Mätzchen keine Revolution zu machen ist

Mit einer Aufforderung an alle Wahlberechtigten, sich am Volksentscheid mit „Ja" zu beteiligen folgte noch eine dringende Mahnung an die noch zu der KPD. hinneigenden Volksgenossen, sich von den jüdischen Parasiten und Drahtziehern zu lösen, den internationalen Unsinn an den Nagel zu hängen und sich einzureihen in die deutsche Volksgemeinschaft zum Wohle des gesamten deutschen Volkes.

40. Zerbster Pferdemarkt-Lotterie
Ziehung unwiderruflich am 18. August
Vorzügliche Gewinnchancen
3600 Gewinne und 1 Prämie
Wert der Gewinne: **100000 RM**
Lose zu 3 RM zu beziehen durch
Richard Arnold, Buchhandlung

2 Läuferschweine
(gute Fresser)
zu verkaufen
Leipziger Straße 38

ff. neue
Vollheringe
empfiehlt **Ww. W. Becker**

Sandformen
Sandspiele
Sandlöffel und -Schippen
Gießkannen
Eimer
Schwimmtiere
Boote
Gummibälle
Reifen
Springleinen
Peitschen
Spazierstöcke
u. a. m.
erhältlich bei
Richard Arnold, Markt 3

Zahn-Atelier
Fr. Genzel
Dentist.
Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam
Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuck, Gold u. unechten Metallen, sowie
Kronen, Brückenarbeiten und Stiftzähne.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Viele Fliegen sind jetzt da
Fang sie nur mit **Araba**
Der gute Honig-
Fliegenfänger
erhältlich bei
Richard Arnold

Sommersprossen
werden unter Garantie durch
VENUS Stärke B beseitigt. Preis Mk. 2,75
Löwen-Apotheke Kemberg

Prima
Rind- und Hammelfleisch frische Flecke
empfiehlt
Rich. Krausemann Nachf.
Inh. Heinrich Schneider

Prima
Mastrindfleisch Hammelfleisch
frische Flecke
empfiehlt **Ernst Bachmann**

Frisches fettes junges
Rind- und Hammelfleisch
sowie fr. Flecke u. Leber
empfiehlt **Otto Harnisch**

Frisches
Hammelfleisch
empfiehlt **Louis Richter**

Dienstag früh 7 Uhr
Speckkuchen
bei **Ernst Berndt**

Morgen Dienstag früh 1/2 8 Uhr
Speckkuchen
Ernst Wend

Kochlehrmädel
für sofort gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Volkswohl-Lose
für soziale und kulturelle Zwecke
Ziehung: 17.—23. September
Gewinne im Werte von 430000 M.
2 Hauptgewinne Zwei: vollständig eingerichtete Landhäuser im Werte von je 50000 M.
2 Prämien Zwei Landhäuser im Werte von je 25000 M.
2 Hauptgewinne: Zwei Landhäuser im Werte von je 20000 M.
Auf Wunsch 90% in bar
Einzellos 1.— Mk. — Doppellos 2.— Mk.
Zu haben bei
Richard Arnold, Buchhandlung, Leipziger Straße 64/65 und Markt

Dienstag früh
lebendfrische
Seefische
in Eispackung
garantiert lebendfrisch
P. Mierzschke

Maschinenöl
Motoröl
Riemenwachs
Lederfett
Wagenfett
empfiehlt **Ww. W. Becker**

Die Schnell-Besohl-Anstalt Kemberg verlangt einen erstklassigen selbständigen
Schuhmacher
Zu melden Wittenberg. Schloßstraße 1, Hof rechts.
Erste Wittenberger Schnellbesohl-Anstalt, Herm. Krömer

2 Zimmer-Wohnung mit Küche, Bodengelaß und Kellerraum, elektr. Licht, Wasserleitung usw. zum 1. September zu vermieten
Fr. Heym, Eisen- u. Kurzwaren

Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold
B und deutsch. Kriegsteilnehmer E. V.
Morgen Dienstag, abends 1/2 9 Uhr im Bürgersaal
Versammlung
Der Vorstand

Krieger-Verein
Morgen Dienstag, abds. 1/2 9 Uhr im Palmbaum
Versammlung
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand

Die Lügen, die ich über Frau Alwine Walde verbreitet habe, nehme ich als unwahr reuevoll zurück.
Frau Hedwig Schubert

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310804-12/fragment/page=0004

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 91 | **Dienstag, den 4. August 1931** | **33. Jahrg**

Sonntag, den 9. August, von 8—17 Uhr, findet im Bürgersaal der

Volksentscheid „Landtagsauflösung"

statt.

Die Stimmabgabe darf nur mit amtlich hergestellten Stimmzetteln erfolgen. Sie werden im Abstimmungsraum abgegeben. Wer die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, muß den mit „Ja" bezeichneten Kreis durchkreuzen. Wer die Frage verneint, durchkreuzt den mit „Nein" bezeichneten Kreis.

Im Laufe der nächsten Woche werden den Abstimmungsberechtigten **Ausweise** zugestellt. Sie sind zur Abstimmung mitzubringen und beim Abstimmungsvorstand abzugeben.

Abstimmungsberechtigte, die am 9. August ortsabwesend sind, können sich bis zum 8. August (mittags) in der Stadtschreiberei einen Stimmschein ausstellen lassen. Er berechtigt zur Stimmabgabe in einem auswärtigen Bezirk.

Kemberg, den 30. Juli 1931.

Der Abstimmungsvorsteher
Kolbe.

Waldbrandgefahr.

Zum Schutze unserer Wälder wird darauf hingewiesen, daß das **Rauchen, Fortwerfen, unvorsichtige Handhaben oder Fallenlassen von brennenden Gegenständen** innerhalb der Wälder verboten und mit schweren Strafen bedroht ist.

Kemberg, den 1. August 1931.

108] **Die Polizeiverwaltung.**

Reinhaltung der Rinnsteine.

Wir weisen wiederholt darauf hin, daß Spül- und Waschwasser, Jauche aus Düngergruben, Ställen und Aborten, sowie das Blut geschlachteter Tiere nicht in die Straßenrinnen eingeführt werden dürfen.

Gegen weitere Verstöße müssen wir nunmehr mit Strafen vorgehen.

Kemberg, den 1. August 1931.

109] **Die Polizeiverwaltung.**

Donnerstag, den 13. August.

Schweinemarkt

Der Auftrieb beginnt um 7 Uhr.

Kemberg, den 1. August 1931.

110] **Der Magistrat.**

Wirtschaftsprogramm auf Zeit

Die nächsten Etappen. — Rückkehr zur Weltwirtschaft.

„Programm der nationalen Selbsthilfe", „Selbsthilfe der deutschen Wirtschaft" — die Schlagworte schwirren seit einigen Wochen und Tagen wie in allen aufgeregten Zeiten wieder einmal wild umher, ohne daß sich ihre Urheber etwas Rechtes darunter vorstellen können. Man spricht solche Schlagworte aus und tut, als sei mit ihnen etwas ganz Neues und Großes entdeckt worden, als wiesen sie schon den Weg in eine weit bessere Zukunft, als sei es nur notwendig, sich einmal auf Selbsthilfeprogramme zu besinnen, um sofort eine geschlossene, von der ganzen Welt unabhängige Volkswirtschaft beieinander zu haben. Es ist selbstverständlich, daß Regierung und Wirtschaft Selbsthilfemaßnahmen finden müssen und finden werden, nachdem sich gezeigt hat, daß ausländische Kredite im Augenblick unter keinen Umständen zu haben sind. Aber es ist ebenso selbstverständlich, daß eine solche Selbsthilfe ohne fremde Kredite, d. h. also mit geringeren Betriebsmitteln, als sie bisher zur Verfügung standen, die Anpassung an einen niedrigeren Lebensstandard voraussetzt. Es ist selbstverständlich, daß eine solche Selbsthilfe nicht eine glücklichere Lösung der Wirtschaftsschwierigkeiten darstellt als die Heranziehung fremder Kredite. Es ist selbstverständlich, daß sie ein Notbehelf ist und wie jeder Notbehelf ein Mittel auf Zeit, nicht ein Mittel auf die Dauer.

Selbsthilfeprogramm kann also nicht heißen, ein Programm, das die deutsche Volkswirtschaft ständig auf sich selbst stellt und sie aus der internationalen wirtschaftlichen Verbundenheit herauslöst, es kann nur ein Programm zur Ueberbrückung eines Notstandes bedeuten, zur Ueberbrückung jener hoffentlich kurzen Frist, in der die Verbindung mit dem normalen Kapital- und Kreditstrom der Welt unterbrochen ist. In diesem Rahmen und mit dieser Einschränkung kann man natürlich von einer Art Programm sprechen, von einem Programm für einige Wochen oder Monate, dessen letzter Zweck es ist, wieder den Anschluß an die Weltwirtschaft zu finden. Mit dieser Zweckbestimmung werden sich die einzelnen notwendigen Maßnahmen eigentlich ganz von selbst abrollen, ohne daß es dazu eines künstlich erdachten Programms bedürfte.

Es war zunächst selbstverständlich, daß man den jetzigen Kreditbestand der deutschen Wirtschaft durch Stillhalteverhandlungen zu sichern suchen mußte, und man wird diese Sicherung des Kreditbestandes mit allen Mitteln der Verhandlungen und der gesetzlichen Maßnahmen durchführen. Danach kommt es darauf an, mit diesem Bestand an Krediten und Betriebsmitteln für einige Zeit auszukommen. Notwendig ist zu diesem Zweck, für den erforderlichen Bargeldumlauf andere Voraussetzungen zu schaffen, als sie durch die Heranziehung von Devisen-Krediten unter normalen Verhältnissen gegeben waren. Diesem Zweck dient die verstärkte Ausprägung von Silbermünzen ebenso wie die geplante Gewährung einiger 100-Millionen-RM-Kredite an die neugegründete Gemeinschaftsbank der Banken, an die Akzeptbank. Man muß, gerade weil die Möglichkeite.. der Kreditgewährung gering sind, alle unwirtschaftlichen Kredite beseitigen. Als unwirtschaftlich sind solche Kredite zu betrachten, die zur Erhaltung veralteter Preiskalkulationen aufgenommen worden sind, d. h. also die Beleihungen von Warenlagern. Zu diesem Zweck wird der Reichsbank-Diskontsatz heraufgesetzt werden, und die Lombardierung von Lägern wird sich dadurch so verteuern, daß ihre Abstoßung zu verbilligten Preisen eintreten muß. Das wird sich auf dem Außenmarkt von selbst ergeben, denn man wird nach neuen Auslandsmärkten suchen, und man wird auf den schon bisher bewirtschafteten Auslandsmärkten größere Mengen zu niedrigerem Preis abzusetzen suchen. Auf dem inneren Markt muß man dieser durch die Kreditverteuerung erzwungenen Preisherabsetzung dadurch entgegenkommen, daß man die allzu starren Bindungen der deutschen Wirtschaft lockert. Daneben müssen staatliche Einschränkungsmaßnahmen einherlaufen. Der Ausweis der Reichseinnahmen und -ausgaben hat gezeigt, daß im ersten Quartal dieses Etatsjahres ein Mindereingang an Steuern und Zöllen in Höhe von etwa 300 Millionen RM zu verzeichnen war. Hinzu kommen noch die Ausfälle, die im Juli dadurch entstanden sind, daß die Steuerüberweisungen nach der Einführung der Bankfeiertage zeitweilig ganz stockten. Es haben sich daraus bereits Verminderungen der Ueberweisungen des Reiches an die Länder und Gemeinden ergeben, und es ist notwendig geworden, die Beamtengehälter in Etappen statt auf einmal auszuzahlen. Es wird weiterhin eine allgemeine Einschränkung der Staatsausgaben oder richtiger ihre Anpassung an die tatsächlich vorhandenen Einnahmen notwendig sein, wobei die vom Reichstag seinerzeit bewilligten Etatsansätze keine unter allen Umständen gültige Grenze darstellen dürfen. Auf welchem Gebiet der staatlichen Ausgaben die Einsparungen in erster Linie vorgenommen werden müssen — Personalausgaben, Sachausgaben und sozialpolitische Ausgaben —, wird von einer Zweckmäßigkeitsprüfung im Einzelfall abhängen. Verwaltungsvereinfachungen werden ebenfalls notwendig sein, um dieser Sparpolitik die richtige Durchschlagskraft zu geben. Zusammengenommen mit der stärkeren Aufsicht des Reiches über Wirtschafts- und Bankunternehmungen wird man so, wenn die zahlreichen notwendigen Einzelmaßnahmen zusammengefaßt werden, von einer Art Programm sprechen können.

Alles das wird schnell verwirklicht werden müssen, da die ganze Umstellung ja dazu bestimmt ist, über die nächsten Wochen und Monate hinwegzuhelfen. Wenn es gelingt, die Deutschland der Fall war, benutzt wird, und auch dadurch wird der weitere Weg zur Lockerung und schließlichen Befreiung des gesamten Zahlungsverkehrs geebnet werden.

Wenn auch über die Wiedereröffnung der Börsen noch keine Bestimmungen getroffen sind, so wird man doch diese Verzögerung gern in Kauf nehmen und abwarten, wie sich die Dinge in den letzten Tagen einspielen, und man hat das Gefühl,

daß das Fehlen der beunruhigenden Momente, die ganz unwillkürlich von dem Börsengetriebe ausstrahlen, dabei nur ein Gewinn sein kann.

Die Maßregeln, die das Reich in der Frage der Großbanken ergriffen und eingeleitet hat, liegen in derselben Richtung, und die weitere Entwicklung, die die Angelegenheit der Danatbank und der Dresdener Bank nehmen wird, ist ebenfalls geeignet, den Druck zu verringern und als Beweis für die allmählich wiederkehrende Beruhigung der allgemeinen Stimmung zu dienen.

Die Erhöhung des Reichsbankdiskonts auf 15 Prozent und des Lombardsatzes auf 20 Prozent ist nach einer sehr ernsten Beratung des Reichsbankdirektoriums und des Generalrats beschlossen worden.

Diese Maßregel war im Hinblick auf die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs unbedingt notwendig, von einem Teil der an der Beschlußfassung wirkenden Stellen wurde sogar eine noch stärkere Heraufsetzung des Diskontsatzes für wünschenswert erachtet, aber man hat sich schließlich doch davon überzeugt, daß die Erhöhung auf 15 Prozent genügt, um den Bedürfnissen der nächsten Woche gewachsen zu sein.

Auf der Seite der Industrie fehlt offenbar noch ein großzügiger Plan, wie man den Weg in die Zukunft führen will, es fehlt auch eine bewußte Initiative. Die Arbeiten, vor denen die Reichsregierung in dieser Woche steht, dürften bereits auf dieses Gebiet hinübergreifen, sie dürften die Fragen der Preisgestaltung, der Einflußnahme auf die Produzenten-Organisationen einerseits und auf die Gestaltung der Tarife andererseits im Auge behalten. Diese Andeutung genügt, um zu zeigen, wie ernst die Lage ist und eine wie große Bereitschaft zur Verantwortung jeder Beteiligte einsetzen muß, damit die Ansätze, die sich nun abzeichnen, mehr bleiben als nur ein vorübergehender Lichtschimmer.

Reichsbankentscheidung gefallen.

Bedeutsame Beschlüsse für die Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs.

Berlin, 1. August.

Unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther fand in Berlin eine gemeinsame Sitzung des Generalrats und des Direktoriums der Reichsbank statt. In dieser Sitzung wurden sehr wichtige Beschlüsse für die Wiederaufnahme des vollen Zahlungsverkehrs gefaßt. Nach der amtlichen Mitteilung benutzten die Mitglieder des Generalrats die Gelegenheit, dem Präsidenten und dem gesamten Direktorium ihr volles Vertrauen in die Führung der Bank- und Währungspolitik auszusprechen und ihre Anerkennung der Geschäftsführung und der schweren, von Verantwortungsgefühl getragenen Tätigkeit der Reichsbank zum Ausdruck zu bringen.

Diskont auf 15 Prozent erhöht.

Berlin, 1. August.

Die Reichsbank hat mit Wirkung vom Sonnabend, den 1. August, ab den Diskontsatz von 10 auf 15 Prozent und den Lombardsatz von 15 auf 20 Prozent erhöht.

Die Erhöhung des Diskonts.

Wie wir erfahren, entwickelte sich in der Zentralausschußsitzung der Reichsbank über die vom Reichsbankdirektorium beschlossene Erhöhung des Diskontsatzes auf 15 Prozent eine lebhafte Diskussion. Besonders die Vertreter der Landwirtschaft und auch einige Banken bezeichneten die Heraufsetzung des Diskontsatzes auf 15 Prozent als zu hoch.

Die Reichsbank ist sich bewußt, daß der Wirtschaft neue schwere Lasten zugemutet werden und sie hofft, sobald wie möglich, ihre Diskontsätze wieder ermäßigen zu können, wenn der Zahlungsverkehr sich wieder eingestellt hat und die Kreditansprüche an die Reichsbank nachgelassen haben. Selbstverständlich werden die bisherigen Betriebseinschränkungen seitens der Reichsbank jetzt weitgehend aufgehoben werden.

Mit Rücksicht auf die Eilbedürftigkeit der Diskonterhöhung konnten nur die in Berlin ansässigen Mitglieder des Zentralausschusses zur Sitzung einberufen werden.

Ohne politische Bindung.

Die englisch-französischen Kreditverhandlungen erfolgreich.

Paris, 2. August.

Die Beratungen des Direktors der Bank von England, Kindersley, mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, sind wieder eingeleitet worden und haben nach etwa zweistündiger Dauer erfolgreich abgeschlossen werden können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819310804-12/fragment/page=0005